

Südwestische Volkszeitung

Während längst das aus mit Wasserbahn, d. h. d. Anfang
Wasserstand: 100 f., 50 qm, f. Dicke: 30 Kr 55 h
Wasserstand: 100 qm und Wasserflächen: 300 m²

beit. | **Unterseite werden die Egsgegossen. Weitigelle aber dessen Raum mit
15 d. Bellanze m. 50 d. für Seite, Bezuglin., & Wiederk. bedient. Sobald
man vordere, Herabfallung und Weitigellhöhe; Treppen
durchsetzen. Mindestens 30. —**

Die Reformkatholiken zwischen drei Stühlen

Es ist schon ein hartes Mißgeschick, wenn man sich zwischen zwei Stühlen niedersetzt; das Gespött der Umstehenden läßt einen solchen Pechvogel nur zu deutlich über das komische seiner Situation auf. Findet man aber gar auf drei bereitstehenden Stühlen keinen Platz, sondern purzelt auf dem Boden ineinander, so erinnert solches Mißgeschick schon mehr an den „lustigen August“ im Birkus. Die sogenannten Reformkatholiken befinden sich derzeit in einer solchen Lage und gleichen dadurch sehr den Nationalsozialen um Barth und Gerlach; einige wenige Leute, aber desto lärmhafter ihr Auftreten, desto selbstbewußter ihr Schreiben. Hätten sie Millionen hinter sich, sie könnten nicht anmaßender sich geben. Nun hat fürtzlich ein solcher Reformkatholik nach der Meldung einer Anzahl von Blättern sich in dem in der Öffentlichkeit sonst unbeachteten Organ dieser Richtung den Vorschlag gemacht, daß das Zentrum sich auflösen solle; das „katholische Zentrum“ und der „orthodoxe Protestantismus“ würden sich dann weiter annähern können. Dieser „geistreiche“ Vorschlag findet nun Widerspruch bei den Liberalen, bei den Konservativen, selbstverständlich beim Zentrum und bei der überwiegenden Mehrheit der deutschen Katholiken; noch kein Mensch hat sich für diese Idee ausgesprochen. Die Reformkatholiken setzen sich also mit solchen Blößen tatsächlich zwischen drei Stühlen nieder.

Das Zentrum hat gar keine Lust, sich aufzulösen, es sieht vielmehr seinen Fortbestand als eine ganz hervorragend nationale Tat an; es betrachtet seine Existenz als das erste und beste Vorbeugungsmittel, um einen neuen Kulturmampf zu verhüten; es ist eine Schubgarde der Gewissensfreiheit und der freien Religionsübung. Nicht nur überzeugte Katholiken, sondern auch ehrliche Protestanter haben schon mehr als Duhend Male den Fortbestand einer starken Zentrums für eine absolute Notwendigkeit erklärt. Es ist ja bald gesagt, daß etwas Bestehendes verschwinden soll, schwieriger ist es, auch nur etwas gleich Gutes an seiner Stelle zu sehen, und noch schwieriger, gar etwas Besseres zu schaffen. Man überlege sich doch einmal, was soll denn zum Beispiel im deutschen Reichstage oder in der bayerischen Abgeordnetenkammer an die Stelle des Zentrums treten? Diese Mandate müssen doch nach einer „Auflösung des Zentrums“ auch besetzt werden, jedenfalls fällt dann ein erheblicher Teil nicht unseren Freunden zu. Ein Fortschritt ist somit nach seiner Seite erreicht, wohl aber bedeutende Rückschritte, wenn heute über 100 gläubige Katholiken im Reichstag sitzen, würde das künftig kaum mehr der Fall sein. In Kreisen mit protestantischer Mehrheit würde ein Katholik nie siegen, umgekehrt aber läne es vor, daß die Katholiken Andersgläubige in das Parlament entsenden, wie es die Geschichte aller deutschen Volksvertretungen zeigt. Man muß sich eigentlich verwundert an den Kopf greifen und fragen: Wie kann ein Katholik im Ernst die Auflösung des Zentrums fordern? Nur wer in der Schar der politischen Kinder marschiert oder wer in Wollenkukusheim statt auf dieser Erde seine Wohnung aufgeschlagen hat, kann mit solchen Vorschlägen austauschen. Die heftigsten Feinde der katholischen Kirche fordern die Auflösung der starken Zentrumsfraktion; in Ländern, wo eine solche nicht besteht, wird die katholische Kirche von den frömmeindlichen weltlichen Machthabern in böser Weise drangsaliert (Frankreich). Dort eben sind Katholiken an der Arbeit, sich eine parlamentarische Vertretung nach dem Muster des deutschen Zentrums zu schaffen. Und wenn Päpste die verhältnismäßig große Freiheit der katholischen Kirche in manchen deutschen Staaten rühmen, so ist dieser Zustand nur dem Bestehen einer Zentrumsfraktion zu verdanken. Die Reformkatholiken wollen „reformieren“, wir danken für diese „Reformation zum Schlechten“. Gerade, wer es mit dem Katholizismus gut meint, kann nur auf eine sehr starke Zentrumsfraktion Bedacht nehmen; er sieht in ihr die starke und feste Schutzmauer um den Garten der Kirche, damit in diesem die verschiedenen Blumen sich herrlich und ungestört entfalten können und allerlei „böse Buben“ nicht Unfug treiben können; ist die Schutzmauer entfernt, so leidet die Kultur des Gartens Rot. Sie fehlt aber das Zentrum auch in nationalem Interesse absolut notwendig ist, beweist die Geschichte der letzten 30 Jahre jedem, der sehen will; alle die hervorragenden Werke um Schutz des Vaterlandes, zu seinem inneren Ausbau und seiner wirtschaftlichen Entwicklung sind unter der tatkräftigen Mitwirkung des Zentrums geschaffen worden. Wir müssen also den Marschweg der „Reformer“ abbrechen.

Wir müssen also den Vorschlag der „Reformer“ ablehnen. Aber die Herren finden auch im liberalen Lager keine Gegenliebe; das führende liberale Blatt am Rhein sagt ihnen sehr deutlich, daß sie nur dann von ihm geschäfft würden, wenn sie „national“ und „liberal“, das heißt national-liberal werden würden. Die orthodoxe Atmosphäre vergangener Jahrhunderte dürfe man nicht künstlich konser vieren. In gutes Deutsch übersetzt heißt dies: man muß sich innerlich vom Katholizismus lössagen, man muß ins besondere dem Papste nicht mehr gehorchen, dann können sich Protestanten und Katholiken am besten vertragen. Also Abfall vom Glauben fordern die Liberalen von den „Reformkatholiken“, das ist eine sehr gründliche „Reform“, aber wieder eine solche zum Schlechten.

Die Konkordativen aber erheben sofort gegen diesen Vorfall die ernstesten Bedenken; ihr führendes Organ in Berlin hält es für ganz ausgeschlossen, daß eine religiöse Verständigung auf Grund liberaler Anschauungen erhebt.

werden könne und zwar schon deshalb nicht, weil der „Liberalismus ein Drittes neben und außerhalb der beiden Kirchen ist“. Der Liberalismus wolle beide Kirchen erobern aber dann beständen sie nicht mehr in ihrer heutigen Form ihre Unterschiede hätten aufgehört. „So lange das nicht geschehen ist, werden sie fortfahren, ihre Lehrunterschiede gegen einander zu verteidigen und wir müssen unser bemühen hauptsächlich darauf richten, daß der Kampf in Form bleibt, die des Gegenstandes nicht unwürdig sind.“ Damit kann man einverstanden sein und wir tun gern das unerhörige um diese Voraussetzung zu erfüllen.

um diese Voraussetzung zu erfüllen.
Für diese Gattung von „Reformkatholiken“ aber ist es sehr peinlich, so auf allen Seiten abgewiesen zu werden! Der Liberalismus ruft ihnen zu: werdet erst liberal und möchtet euch von den Dogmen frei, dann kann man sich verständigen. Aber sofort kommt nun der konservative Protestant und er flägt: Nein, so geht es nicht. Bleibt vielmehr, wo ihr seid! Und so wollen wir es halten! Stark in der Sache und fest im Glauben, mächtig in der Form und milde in der Beurteilung Andersgläubiger! — Vielleicht sehen die „Reformer“ nun auch ein, wie sehr sie auf dem Holzweg sind.

Politische Blätter.

Dresden, den 30. Juli 1908.

— Der Kaiser hat den ersten Sekretär bei der Botschaft in London Legationsrat Grafen v. Berndtsoff zum Generalkonsul für Beobachter ernannt.

— Das goldene Priesterjubiläum beging am 26. d.

Der Bundesrat hat in einer seiner letzten Sitzungen vor den Ferien beschlossen, die Einfuhr von Böckfleisch fortan nur noch zu gestatten, wenn an dem Fleische die angehörigen Lymphdrüsen noch vorhanden sind, damit eine völlig einwandfreie Untersuchung dieses Fleisches gewährleistet werden könne.

leistet werden könne.

— Die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Kultusminister von Studt ist nach dem „Grenzboten“ ganz allein auf die Initiative des Kaisers zurückzuführen; es habe keinerlei amtliche Anregung bestanden. Der Ministerpräsident habe aber auch keine Veranlassung gehabt, sich diesem Wunsche des Monarchen zu widersezen, schon weil sein Einspruch doch keinen Erfolg gehabt hätte. Wie schon Kaiser Wilhelm I. wiederholt diesen Orden gegen den Willen des Fürsten Bismarck verliehen habe, so sei auch hier nicht abs. Nur ein Einverständnis des Fürsten Bülow erforderlich gewesen. Der Kaiser habe vielmehr durch die Ordensverleihung bekunden wollen, daß er sich lebhaft freue, daß die alten Kartellparteien dieses Gesetz zu Stande gebracht haben. Uns sind diese Erklärungen in dem offiziösen Organ sehr wertvoll; Fürst Bülow hält sich also sehr zurück; man muß fast annehmen, er sei hiermit nicht ganz einverstanden gewesen. Dass der Kaiser den toten Kartellgedanken wieder galvanisieren will, ist und nicht neu und nicht überraschend.

— Die Zweite badische Kammer hat mit 28 gegen 27 Stimmen den Gesetzentwurf des Zentrums betreffend Aufhebung der §§ 16 b und 16 c des Gesetzes von 1874

— Gegen den Major Fischa à la suite der Schuttruppe für Ostafrika, der bei dem Oberkommando der Schuttruppen Vorstand der Bekleidungsabteilung ist, wurde, wie der L.-A. meldet, wegen Verdachts der Bestechung das amtliche Verfahren eingeleitet und der Beschuldigte in Untersuchungshaft genommen. Major Fischa gehörte ehemals der alten Wissmannschen Truppe an, nachdem er zuvor in sächsischen Diensten gestanden. Die Anschuldigungen gegen Fischa dürften also im ersten Sicht-

— Die englische Regierung ist anscheinend bestrebt, weiteren berechtigten deutschen Wünschen in Südwestafrika entgegenzukommen. So wird aus London gemeldet, daß die Kapregierung kürzlich eine Instruktion erhalten hat, wonach verhindert werden soll, daß von Eingeborenen geraubtes Vieh über die Grenze getrieben wird.

— Die Untersuchung gegen Buttikamer wird vom Hammergerichtsrat Strähler zwar im Hause der Kolonialabteilung geführt, aber doch mit aller Entschiedenheit; der Untersuchungsrichter vernimmt alle Persönlichkeiten, die etwas von der Sache wissen. Von Abgeordneten sind vernommen worden resp. werden vernommen Ergberger, Kosch, Lattmann. Der Untersuchungsrichter geht hierbei voll Takt vor, er fordert von den Abgeordneten nicht die Namen der Gewährsmänner; nur wenn sich diese selbst anbieten, oder daß sie neues Material verschaffen können, geht er hierauf ein. Am Sonnabend ist auch der frühere Kolonialbeamte Voelklau vernommen worden, der schon im Jahre 1904 der Behörde die Pfäffälschung mitteilte; diese ist bekanntlich aber alles liegen, bis in der Presse die Sache im Dezember 1905 besprochen worden ist. Gerade im Falle Buttikamer rächt sich besonders das bisher übliche Untersuchungssystem. Nun verbreiten seine Freunde, daß er glänzend gerechtfertigt aus der Sache hervorgehen werde; wir gegen aber ernste Zweifel, ob das zutreffend ist. Gewiß wird mancher „Kolonialist“ mit der Untersuchung ein Ende nehmen, aber es bleibt noch genügend an dem Sache zu hängen; eigentlich müßte seine ganz auffallend schlechte Verwaltung des Stat. schon verflügen, um seiner

— Die Stichwahl in Hagen hat mit dem Siege des freisinnigen Kandidaten Euno geendigt; dieser erhielt 21593 Stimmen, der Sozialdemokrat 18717. Der Sozialdemokrat hat gegen die Hauptwahl um 2400 Stimmen zugenumommen, der Freisinnige aber um 10400 Stimmen. Diese Stimmen stammen vom Zentrum, den Nationalliberalen und Christlich-Sozialen, die im ersten Wahlgange insgesamt 11700 Stimmen ausgebracht haben. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Zentrumswähler alleamt die Wahlparole der Parteileitung befolgt haben, doch von dieser Seite keine einzige Stimme für den Sozialdemokraten abgegeben worden ist. Auch steht jetzt schon fest, daß mindestens 4000 Zentrumswähler für den Freisinnigen gestimmt und ihm so das Mandat verschafft haben, höchstens 1000 Zentrumswähler haben nicht abgestimmt. Freisinnige und sozialdemokratische Blätter klärdigen bereits auch vor, daß das Zentrum zu Gunsten der Freisinnigen entschieden habe. Würden die Zentrumswähler sich der Abstimmung enthalten haben, so wäre heute das „Erbe Richtert“ im sozialdemokratischen Besitz; wir freuen uns sehr, daß es nicht so kam. Das Zentrum hat die beste und edelste Rache für Hierlohn genommen. Dem Zentrum allein verdankt der Freisinn dieses Mandat! Wie viele Nationalliberale der Wahlurne ferngeblieben, läßt sich noch garnicht übersehen; aber es dürften nicht wenige gewesen sein. Sehr bezeichnend ist auch, daß im nationalliberalen „Wkf. Tageblatt“ Anzeigen erschienen sind, welche zu der Wahl des Sozialdemokraten aufforderten. Der Vergleich der Nationalliberalen über das schlechte Resultat der Hauptwahl ist begreiflich; sie hatten für diesen Abend bereits die städtische Musikkapelle bestellt, da sie sicher rechneten, in die Stichwahl zu kommen und nun sind sie von der 1. Stunde an die 4. hinuntergerutscht! Die Musikkapelle hätte ihnen jetzt vorblasen können: „Ich steu allein auf weiter Flur!“ oder „Verlassen, verlassen bin ich!“

— Das Verdienst der Zentrumspartei bei der Stichwahl in Hagen-Schwelm ist von dem siegreichen Kandidaten, dem jetzigen Reichstagsabgeordneten Euno, in lohaler Weise anerkannt worden, indem derselbe nach der Verkündigung der Wahlresultate, die seinen — vielsach unerwarteten — Sieg bedeuteten, in einer Versammlung von Wählern der freisinnigen Volkspartei erklärte: „Die Freisinnige Volkspartei ist sich wohl bewußt gewesen, daß sie auf die Mit-hilfe der anderen bürgerlichen Parteien angewiesen sei, um den Wahlkreis vor den Sozialdemokraten zu retten. Wenn nun dieser schöne Erfolg errungen ist, so ist das der Lieb-zum-Vaterlande zu verdanken, der die Parteien im gemein-samen Kampfe einigte. Ein Hauptverdienst daran ist der katholischen Bevölkerung zuzuschreiben. Das ist um so mehr anzuerkennen, als ein biefiges Blatt in geradezu demagogischer Weise gegen die Wahl des bürgerlichen Kandidaten und damit für die Wahl des Sozialdemokraten Stimmung gemacht hat. Die Wahl des Sozialdemokraten ist glücklich abgewendet worden, und das ist nicht zuletzt auch der hochw. katholischen Geistlichkeit zu verdanken, die noch in letzter Stunde und sogar unter Namensnennung den Manipulatio-nen des genannten Blattes entgegengetreten ist und damit meine Wahl unterstützt hat. Der katholischen Bevölkerung gebührt also ein ganz besonderer Dank. Als freisinniger Abgeordneter werde ich natürlich an den alten Prinzipien der Partei festhalten. Nochmals danke ich allen denen, die mir durch die heutige Wahl ihr Vertrauen ausgesprochen haben.“

— **Abschüttelung eines Scharfmachers.** Im Saarrevier treibt seit einiger Zeit ein sonderbarer Soziolliberal sein Handwerk; es ist der Handelskommissar Dr. Tille, der sich zur nationalliberalen Partei zählt. Gedenklich fühlt er sich berufen, den Geist des Arbi. Stimme zu erhalten; so hat er gegen ganz vernünftige Mißhandlungen den Kampf geführt. Die Tarifgemeinschaften, die allzeitig als ein Instrument zum sozialen Frieden angesehen werden, mit denen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleich gute Erfahrungen gemacht haben, sind ihm ein ferner Torn im Auge, ebenso konnte er die christlichen Gewerkschaften gar nicht leiden. Nunmehr hat sich der Provinzialvorstand der nationalliberalen Partei für die Rheinprovinz feierlich und öffentlich von ihm losgelegt und einen Beschluss gefaßt, daß Tille nicht mehr als Mitglied der nationalliberalen Partei angesehen werden könne. Recht sind wir sehr gespannt darauf, ob die nationalliberale Handelskammer den rabiaten Scharfmacher noch hält, oder ob sie

— Mitte August werden 35—40 französische Aerzte unter dem Ehrenvorsitz des Herrn Professor Roug auf drei Tage in Berlin eintreffen zu einer Besichtigung der

Die Bedeutung der Bahnhofsemissionen zum Schutze junger Mädeln in den Großstädten charakterisiert so recht wieder der Jahresbericht des Marianischen Mädchenschutzeineins zu München. Der Verein hat im Jahre 1905 circa 90 Nachtlägerie vermittelt und über 1300 größere und kleinere Hilfeleistungen gegeben. Hinzuzählen wären, um die Bedeutung dieser Organisation als Ganzes zu kennzeichnen, noch die Hilfeleistungen, welche von dem protestantischen Parallelverein der „Freundinnen junger Mädeln“ in den Nachmittagsstunden geleistet wurden. Die Zahl der Hilfeleistungen ist sehr gestiegen, dank der Wiederbesetzung der so

gen die jungen Mädchen aus der Schweiz und diese sind gewöhnlich der deutschen Sprache unkundig. Viele von ihnen reisen weiter nach Österreich, Rußland, Ungarn und den Donauländern, da erwacht nun die Pflicht, die Reiseroute genau zu kontrollieren, Adressen für Nachquartiere zu besorgen. Oft muß man telegraphieren, daß die Mädchen in Wien abgeholt werden, denn öfters scheinen sehr zweifelhafte „Herren“ sie zu verfolgen. Aus Genf kam vor kurzem die Nachricht an die Leitung des Münchner Vereins, man schickte fortan die Mädchen nicht mehr über Buchs und Zürich, sondern über München, da die Münchner Bahnhofsmission sie in so vorzüglicher Weise verorge. Der Weg über Buchs war stets von den Mädchenhändlern sehr beliebt und daraus erwuchsen große Gefahren für alle alleinreisende Mädchen. Die so treifliche Bahnhofsmission in Wien ist eine große Erleichterung, sehr wünschenswert wäre eine ebenjohle in Budapest und in den galizischen Grenzstädten nach Russland. Viele deutsche Mädchen gehen nach Russland, nach den taurischen Ländern und manches von ihnen endet in der traurigsten Weise dort in einem öffentlichen Hause. Nicht eindeutig genug kann man vor der Annahme von Stellen in diesen Gegenden warnen. Die katholischen Damen der Bahnhofsmission sind durch eine weiß-gelbe Achselklappe kenntlich, die protestantischen durch eine rot-weisse. An vielen Bahnhöfen und in den Wagen dritter Klasse sind Plakate angebracht, welche auf die verschiedenen Bahnhofsmissionen aufmerksam machen. Dazu ist noch der Führer um 20 Pfennig vom Bureau des Mädchenclubs (auch Stellenvermittlung) München, Theresienstraße 12, zu bezahlen. Kein Seelsorger, kein liebender Vater, keine betorgte Mutter, denen das Wohl der allein reisenden Mädchen am Herzen liegt, kein Dienstmädchen, keine Arbeiterin sollte versäumen, sich über die Einrichtung der Bahnhofsmission näher zu unterrichten, damit die Mädchen an diese gewiesen werden können. cbg.

Die soziale Bedeutung der Vereinsfechtkeiten ist, so scheint mir uns, eine größere als man gemeinhin vielleicht anzunehmen pflegt. Sichtbarlich sind dabei nicht die endlosen größeren oder kleineren Fechtkeiten der Rauchkuss oder ähnlicher reiner Vergnügungsvereine zu verstehen, sondern wie meinen die Feuerjahr-, Sommer- oder Gartenfeste der konfessionellen Vereinigungen, seien dies nun Arbeiter-, Gesellen- oder bürgerliche Vereine. Gerade in der heutigen Zeit wo die Altersgegensätze sich bedauerlicher Weise mehr und mehr zuspielen, ist es angebracht, daß neben all der ernsten Arbeit, neben der Tätigkeit innerhalb des politischen Getriebes auch den Angehörigen der verschiedenen Vereine Gelegenheit geboten ist, alljährlich ein oder zweimal zu einem gemeinsamen Fest sich zu vereinigen. Dadurch, daß der Einzelne in einen großen Kreis von Gesinnungsgenossen der gleichen politischen oder konfessionellen Richtung gelangt, wird das Zusammensein geübt gefühl gestärkt; der Gedanke, zu einer einzigen, großen Familie zu zählen, wirkt verbindend und mildert und schließt manche Ecken, die sich das Jahr über durch die Verschleierung der eigenen Standesinteressen ergeben, vorteilhaft für alle Teilnehmer ab. Von diesem Gesichtspunkte aus kann auch von einer sozialen Bedeutung der Vereinsfechtkeiten, sofern dieselben natürlich erhalten, gesprochen werden. cbg.

Oesterreich-Ungarn.

Die österreichische Kriegsverwaltung hat in der letzten Zeit eine Reihe bemerkenswerter Maßregeln beschlossen, die nicht ohne politischen Beigeschmack sind. Die Position an der Südgrenze gegen Italien wird durch verschiedene Maßregeln weiter verstärkt. Italien besitzt bekanntlich in den Alpen eine befondere Elitegruppe für die alpinen Grenzgebiete, die sich besonders durch ihre große Beweglichkeit und Anpassung an das Terrain auszeichnet. Österreich errichtet nun drei Kaiserjägerregimenter, die ganz ähnlich organisiert sind und in Südtirol und Kärnten stationiert werden. Im Sommer gehen sie, wie die Alpinis, in die hochalpinen Gebiete, um dort zu üben. An ihrer Ausrüstung ist bemerkenswert, daß sie statt Tornister Rucksäcke bekommen. Weiter ist eine nicht unberücksichtigte allgemeine Verstärkung der Garnisonen an der Südgrenze durchgeführt. Indem Truppen aus dem Norden wegverlegt wurden. Diese Maßnahmen sind durch ähnliche bedingt, mit denen Italien vorangegangen ist. Es steht zu erwarten, daß das Preußische Korpsskommando aufgehoben, sein Gebiet unter die von Krakau und Lemberg aufsetzt, und daß ein neues Korpsskommando in Lublin errichtet wird, das dann besonders hohe Wichtigkeit besitzt.

Der Fall von Gablonz. Die vielbesprochene Strafentafelaffäre in Gablonz an der Neiße hat ein charakteristisches Ende gefunden. Die „Stadtverordneten“, wie dort die Gemeindevertreter heißen, hielten eine Sitzung ab, die sich als Gerichtshof für den Bürgermeister konstituierte. Herr Pößelt war auch entsprechendleinlaut und erklärte feierlich den Auftrag zum Herausnehmen der Strafentafel am Bischofsplatz während der Anwesenheit des Kaisers nicht gegeben zu haben. Auf seinen Antrag hin wurden lediglich einige Strafentafeln mit Zinnenkreis verkleidet. Weiter sei er sich keiner Schuld bewußt. Gegenüber dieser Verantwortung erklärten die Deutschradikalen im Gemeinderat, sie nahmen an der Sitzung nur teil, um „die Interessen des dritten Wahlkörpers wahrzunehmen“. An sonst seien sie zu schwer beleidigt, als daß sie der Verhandlung auch nur zuhören könnten. Schließlich ließ die Mehrheit der Gemeindevertretung Gnade für Recht ergehen, und dem Bürgermeister, der eine schwache patriotische Stunde gehabt hatte, wurde der Amtstritt diesmal noch verziehen und er darf an der Spitze der Gemeinde bleiben. In Gegenwart des Kaisers loyal, hinter seinem Rücken schwedisch radikal — so sind die biederer freisinnigen Allein-Deutschen. Wenn man diese Herren nur für einige Wochen ins Deutsche Reich in die Kost geben und sie verlassen könnte, dort als Reichsangehörige so austrophil zu tun, wie sie in Österreich sich preislich gebördern — sie würden erfahren, wie man dort dranen mit ihnen surzen und gründlichen Prozeß mache. Sie würden von allen Strafentafel- und Flaggenbrenzeren zeitlebens geheilt sein.

Schweiz.

Der Zentralverband christlichsozialer Arbeiterorganisationen der Schweiz, der in kurzer Zeit bereits 22 000 Mit-

glieder in Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen und Gewerkschaften gesammelt hat, veröffentlichte kürzlich seinen Jahresbericht. „Der Verbandszweck“ so heißt es, „die Hebung und Förderung der Arbeiterschaft soll erreicht werden, a) auf sozial-politischem Wege durch Mittwirkung an geistigen sozialen Reformen; b) auf sozial-praktischem Wege durch Gründung christlicher Gewerkschafts- und Industrieverbände, durch Kranken- und Arbeitslosenversicherung, durch Pensions- und Sterbefassen, durch gegenseitige Unterstützung in wirtschaftlichen Kämpfen, durch Arbeitsnachweise, soziale Unterrichtskurse, Genossenschaften, Einsauffüllgesellschaften, Spar und Darlehnstassen. Auch ein Volksbureau, ähnlich unseren Arbeitersekretariaten, das erste katholische Institut der Art in der Schweiz, besitzt der Verband und dasselbe hat, wie der Jahresbericht ausweist, auch schon ganz schöne Erfolge erzielt. Der Verband zählt sechs freigestellte Beamte, die entsprechende Agitation entfalten. Als Verbandsorgane erscheinen „Der Arbeiter“ und der „Gewerkschaftler“ in einer Auflage von rund 10 000, welche in einer verbandseigenen Druckerei hergestellt werden. Kein Gebiet sozialer Tätigkeit, heißt es Lohnfrage oder Versicherungsweisen oder Wohnungssuche oder geistige oder sittliche Hebung der Arbeiterschaft oder Gewerkschafts- und Genossenschaftsweisen, läßt sich nennen, dem der Verband nicht sein Interesse zugewandt hätte. Alles in allem — die christliche Arbeiterbewegung erobert sich stets neues Gebiet. cbg.

Italien.

Marschese Crispolti, Vizepräsident des italienischen Antiduellbundes, erreichte, daß die Antiduellfrage auf die Tagesordnung kam. Es kam zu einer sehr lebhaften und langen Debatte, an der auch mehrere Generale teilnahmen. Das Ergebnis der Verhandlungen war folgender Beschuß vom 4. Juli, der beinahe einstimmig gefasst wurde: Der Kongress wird den Wunsch aus, daß die Gesetze der Ritterlichkeit vorschreiben mögen, jede Ehrenfrage vor allem einem Ehrengericht vorzulegen. Er wünscht, daß gemäß den Ansprüchen der modernen Zivilisation das Duell abgeschafft werde.

Frankreich.

Dem „Temps“ zufolge hat der mit der Untersuchung der Katastrophe von Courrières betraute Richter Béthune in einem amtlichen Bericht die Niederschlagung des Verfahrens gegen die der jahrlängigen Tötung angeklagten Staatsingenieure empfohlen. Der Untersuchungsrichter stellt in dem Bericht fest, daß die Ingenieure ihre Blöße getan hätten. Der „Temps“ teilt ferner mit, daß die Arbeiten zur Bergung der Leichen der verunglückten Arbeiter ihrem Ende entgegengesehen. 1064 Tote seien bis zum 25. Juli geborgen worden. Die Leichen der noch fehlenden 31 Arbeiter würden wahrscheinlich innerhalb 14 Tagen heraufgeschafft werden können.

Auf Einladung des Mairs von Philippeville in Algier wird das aus dreißig Schiffen bestehende, gegenwärtig vor Malta liegende englische Geschwader vor seiner Vereinigung mit dem Geschwader von Gibraltar dem Philippeviller Hafen einen dreitägigen Besuch abstellen.

Kommandant Chaudronrat, der Generalstabchef des Bataillons Journier, machte Vertretern der Presse gegenüber Mitteilungen über den Gesamterfolg der Flottenmanöver, den er als im ganzen günstig bezeichnete. Wenn die zum ersten Male angewandte Journiersche Gefechtsart gewissen Kritiken begegne, so liege das wohl daran, daß an die Unterbefehlshaber durch diese Taktik größere Anforderungen, soweit unausgeführte Aufmerksamkeit und großer Entschlußbereitschaft in Frage kommen, gestellt werden.

Ein Mann Namens Largé wurde verhaftet. Man bringt diese Verhaftung mit dem vorjährigen Attentat auf den König von Spanien in der Rue Bondi in Verbindung.

Der Gesamtbetrag der im Ausland angelegten französischen Kapitalien wurde, wie wir einer Mitteilung der „Revue Economique Internationale“ entnehmen, im Jahre 1902 durch eine amtliche Ermittlung des französischen Ministeriums des Außenhandels festgestellt, wobei sich ein Gesamtwert von nahezu 30 Milliarden ergab. Auf die einzelnen Länder und Erdteile verteilt sich diese Summe nach Millionen Frank in folgendem Verhältnis: 1. Europa: Rußland 6966, Spanien 2974, Österreich-Ungarn 2850, Europäische Türkei 1818, Italien 1430, England 1000, Portugal 900, Belgien 600, Schweiz 455, Rumänien 438, Norwegen 290, Griechenland 283, Serbien 201, Niederlande 200, Monaco 158, Dänemark 131, Schweden 123, Deutschland 85, Luxemburg 62, Bulgarien 48, Gesamtbetrag für Europa 21 012 Millionen Frank; 2. Afrika: 1121, 3. Afrika 3693, 4. Nordamerika 1058, Mittelamerika 290, Südamerika 2624, 5. Oceanien, Australien, Philippinen 57, Gesamtbetrag 29 855 Millionen Frank. Zu dieser Aufstellung ist indes zu bemerken, daß diese gewaltige Summe von 29 Milliarden 855 Millionen seit 1902 noch eine bedeutende Steigerung erfahren hat, so daß heute der Gesamtbetrag der im Ausland angelegten französischen Kapitalien einschließlich der Russenanleihe von 1906 im Betrage von 1200 Millionen mit 32 Milliarden nicht zu hoch veranschlagt werden dürfte. Berechnet man den mittleren Zinssatz der dieser Summe von 4 Prozent, so ergibt sich, daß der Nationalstaat Frankreichs aus dieser Quelle ein jährliche Zunahme von 1200 bis 1300 Millionen erfährt.

Dänemark.

Bei der königlichen Tafel zu Ehren der hier anwesenden Mitglieder des isländischen Altings kündigte der König an, daß er beabsichtige, im nächsten Jahre Island zu besuchen; er sprach dabei die Hoffnung aus, daß ihn auf seiner Reise ein Ausschuß des dänischen Reichstages begleiten werde.

Spanien.

Der Finanzminister hat ein Dekret vorbereitet, durch welches die Zölle auf Geklünfe aus der Schweiz vom 1. August ab um 50 Prozent erhöht werden; das Dekret ist nach Santander geschickt worden, um dort dem König zur Unterzeichnung vorgelegt zu werden. Der Finanzminister hat jedoch erklärt, die Verhandlungen mit der Schweiz nähmen ihren Fortgang, und es sei auf eine Verständigung zu hoffen.

Portugal.

In der letzten Versammlung der Sektion Portugal der lateinisch-slavischen Liga gegen den „Panzeratismus“

unter dem Vorsitz des Divisionsgenerals Schiappa Monteiro wurde ein ebendieses Schreiben des brasilianischen Gesandten in Lissabon verlesen, worin derselbe seinen Dank für die Mitteilung der Konstituierung der Gesellschaft abstattet. Für etwa eintretende Belanzen stellte die Versammlung den Leitfahrt auf, daß ich dem Komitee die Partammer, die Königliche Akademie der Wissenschaften, die Hochschulen, die Presse, die Kriegsmarine und alle Waffen des Landheeres stets vertreten seien.

Großbritannien.

Die Aufnahme der Flottenreduktion ist in den heutigen englischen Morgenblättern in überaus gemäßigtem Ton behandelt. „Times“, „Daily Telegraph“ und „Daily Mail“ stimmen darin überein, daß die Reduktion angesichts der gegenwärtigen Stärke der englischen Flotte keinerlei Gefährdung Englands bedeute. „Daily Mail“ sagt, daß die Schiffe, die die Radikalisten heute verweigern, später die Konseriativen nachbauen. Die liberale Presse begrüßt den Beginn der allgemeinen Abrüstung. „Daily Chronicle“ sagt, vielleicht folgt keine Nation unserem Beispiel und wenn unsere Hoffnung hier enttäuscht wird, müssen wir natürlich unsere Flottenpolitik revidieren. „Times“ sagen, wir wollen unsere bona fides durch die Reduktion beweisen, wir erklären aber gleichzeitig, daß wir die absolute Suprematie besitzen und be halten werden.

Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Veröffentlichung der Regierungserklärung zu der für Transvaal geplanten Verfassungsbewilligung macht die Toropposition die erdenklichsten Anstrengungen, um angeblich im britischen Reichsinteresse Sondervorteile für die Minenmagnaten sicherzustellen. Die unionistische Presse Großbritanniens unterstützt diese Bestrebungen, indem sie den sicheren Verlust der um den Preis von so viel Gut und Blut erworbenen Kolonie in Aussicht stellt, falls nicht dafür gesorgt werde, daß auch unter der revidierten Verfassung auf eine britische Majorität in der neuen gesetzgebenden Versammlung von Transvaal gerechnet werden kann. Die Regierungspresse verharrt diesen Aufwiegelungsversuchen der öffenlichen Meinung gegenüber in anerkennenswerter Kaltblütigkeit und weist darauf hin, daß die Liberalen die den bestätigten Voten im Frieden von Vereeniging seitens der Konseriativen vor den Augen und Ohren der ganzen Welt gemachten Zusicherungen jetzt endlich einlösen müssen.

Rußland.

Die Kommission des Eisenbahndepartements zur Prüfung der Frage des Baues der Amureisenbahn sprach sich für unverzügliche Fortsetzung der Transbaikalbahn bis Powskaja am Zusammenfluß von Schilka und Argun auf Kosten der Regierung aus. — Es scheint, daß alle Vorsichtsmaßregeln der Behörden vor unangenehmen Überraschungen nicht schützen. Im sogenannten Petersburger Stadtteil wurde am Sonnabend eine Druckerei von Gewaffneten überfallen, welche den Verwalter und die anderen Angestellten der Druckerei festhielten, eine von ihnen mitgebrachte Matrize des Wiburger Auftrags stereotypierten und auf der Notationsmaschine 150 000 Exemplare druckten. Während dies geschah, wurde in einer gegenüber der Druckerei liegenden Kapelle ein Gottesdienst abgehalten, dem eine große Menschenmenge beiwohnte, und der von vielen Polizisten überwacht wurde. Trotzdem erfuhr die Polizei den Vorfall erst, nachdem die Gewaffneten bereits spurlos verschwunden waren. — Auf der Worbau-Wiener Bahn wurde am Sonnabend der von Alexandrowo kommende Personenzug um 8 Uhr abends bei Powskow von einer bewaffneten Bande angehalten. Die etwa 50 Mann zählende Bande bereubte den Postwagen. Die Täter entkamen. Es heißt, daß über 100 000 Rubel und auch ein ausländisches Wertpaket geraubt wurden. Die ganze Bevölkerung des Weichseldampfers „Kurier“ ist in Worbau verhaftet worden, da der Verdacht besteht, daß der Dampfer von der Bande, die am Donnerstag den Zug der Weichselbahn ausraubte, benutzt werde. — Aus Tiflis wird gemeldet: Zwischen den Armeniern und Tataren ist es nach Meldungen aus Schuscha erneut zu offenen Feindseligkeiten gekommen, während deren die Stadt Schuscha zwei Tage lang aus 21 Geschützen beschossen und in Brand gesetzt wurde. Am Sonnabend haben nach einem Landsthalter zugegangenen Telegramm die kämpfenden Parteien die Feindseligkeiten eingestellt und je fünf Vertragsmänner gewählt, von denen die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden festgestellt werden sollen. — Eine von vielen Tausenden von Bergarbeitern am 29. Juli in Jurowka abgehaltene Versammlung hat wegen der Auflösung der Reichsduma beschlossen, die Arbeit in allen hiesigen Hüttenwerken einzustellen. Infolgedessen sind Dragoner nach Jurowka abkommandiert worden. — Während der Unruhen im Sjewskischen Regiment ist, wie jetzt amtlich festgestellt ist, nur ein Soldat getötet worden. Verwundet wurden vier Soldaten und ein Bärtler.

Der „große“ Maxim Gorki, der dieser Tage den amerikanischen Staatsmann von seinen Stiefeln abgeschüttelt hat, hörte gerade so gut in Europa bleiben können. Die Aufnahme, die er hier in New York, in Boston usw. gefunden, war sehr abweisend und sein Werben um Sympathien für sich und sein Volk absolut vergeblich. Er hatte nämlich, wohl nur aus Versehen, statt seiner Gattin die Frau Andrejevna, seine Geliebte, mitgebracht. Als es bekannt wurde, daß die wirkliche Ehefrau Gorkis mit ihren Kindern in Russland gelassen worden, wies man das Paar sogar aus mehreren Hotels aus. Diese Abenteuer im „Lande der Freiheit“ haben auf etwa zwei Dutzend russischer Schriftsteller einen so tiefen Eindruck gemacht, daß sie jetzt einen Protest gegen die grausamen Panzess von sich geben, in dem es u. a. heißt: „Wir russische Schriftsteller haben alles andere eher als ein solches Mitschlüpfen den Grundbedingungen des Kulturliebens von den amerikanischen Schriftstellern, als deren Repräsentant Mark Twain auftrat, erwartet, und wir drücken ihnen aus diesem Anlaß unsere tiefe empfundene Entrüstung aus.“ Nun wissen wir doch endlich einmal, was man unter „Grundbedingungen des Kulturliebens“ zu verstehen hat.

Türkei.

Die Pforte hat, wie in Wien verlautet, aus eigenen Kassenbehörden 60 000 und durch die Dette Publique 100 000 türkische Pfund rechtzeitig für die Auszahlung der Junghälter in den mazedonischen Vilajets angewiesen. Die

